Zentralschweiz Luzern

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG BOTE DER URSCHWEIZ

# Gemeinden sollen das Budget retten

**SPARPAKET** Es geht wohl doch nicht ohne höhere Steuern für alle: Zu dieser Erkenntnis ist die Regierung gelangt. Ausserdem will sie die Gemeinden bluten lassen.

LUKAS NUSSBAUMER
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

Getty

Die Gemeinden müssten «noch intensiver als bisher in das Sparpaket einbezogen werden». Und: Die Regierung erwarte von den Gemeinden «eine entsprechende Bereitschaft zur Beteiligung an der Sanierung des öffentlichen Haushalts». Das schreibt die Regierung in ihrer gestern veröffentlichten Mitteilung zum Sparpaket mit dem Namen «Konsolidierungsprogramm 2017», kurz KP 17. Bisher wollte die Regierung die Gemeinden beim KP 17 zusätzlich mit 10 Millionen Franken pro Jahr belasten.

Tags zuvor schaltete der Verband der Luzerner Gemeinden (VLG) auf seiner Website eine Stellungnahme zu eben diesem KP 17 auf. Eine Mehrbelastung von 10 Millionen sei «zu viel», schreibt der Verband. Wie viel zu viel, ist für Armin Hartmann, beim VLG zuständig für die Finanzen, klar: «10 Millionen, denn unsere Forderung nach Haushaltsneutralität ist in Stein gemeisselt.» Auf Anfrage bekräftigt der Schlierbacher Gemeindeammann Hartmann, der für die SVP auch im Kantonsrat sitzt: «Wir halten an unserer Forderung fest; und wir werden im Parlament kämpfen.»

### Starke Lobby der Gemeinden

Bei derart weit auseinander liegenden Positionen ist eine Annäherung im Kantonsrat Ende Jahr unwahrscheinlich. Wahrscheinlich ist, dass sich die Gemeindevertreter im Parlament durchsetzen – wie bereits im Juni, als über den Planungsbericht zum KP 17 debattiert wurde (Ausgabe vom 21. Juni). Damals überwies der Kantonsrat mit klarem Mehr zwei Bemerkungen der Planungs- und Finanzkommission, durch welche die Gemeinden jährlich um rund 12 Millionen entlastet werden sollen – statt um 10 Millionen belastet, wie von der Regierung vorgesehen. Die Regierung hatte den Gemeinden die Sozialhilfedossiers von Flüchtlingen früher zuweisen wollen als bisher – schon nach acht statt nach zehn Jahren. Ausserdem hätten zweckgebundene Mittel für den Strassenbau zu Gunsten des Kantons umverteilt werden sollen.

Trotz der Abfuhr im Parlament will die Regierung auf die beiden Bemerkungen zurückkommen, da die Ausfälle für den Kanton «nicht verkraftbar» wären. Finanzdirektor Marcel Schwerzmann räumt ein, dass es schwierig wird, die Beschlüsse zu kippen, sagt aber auch: «Jetzt sind Grundsatzentscheide gefordert. Wollen wir für 2017 ein Budget haben, müssen wir die Weichen stellen.»

Genauso schwer wird es die Regierung haben, wenn sie einen höheren Steuerfuss beantragen sollte. Auch dessen ist sich Marcel Schwerzmann bewusst. Dennoch ziehe die Regierung dieses Szenario «ernsthaft in Betracht», so Schwerzmann auf Anfrage. Grund: Trotz allen Sparbemühungen kann die Finanzierungslücke bis 2019 «voraussichtlich nicht geschlossen werden». Eine Erhöhung des Steuerfusses um 0,05 auf 1,65 Einheiten brächte dem Kanton jährliche Mehreinnahmen von rund 30 Millionen Franken – doch sie ist bei den Parteien hoch umstritten (siehe Kasten). So oder so hätte eine Steuerfusserhöhung eine Volksabstimmung zur Folge.

**«Jetzt sind Grundsatzentscheide gefordert.»**

MARCEL SCHWERZMANN, LUZERNER FINANZDIREKTOR

Nichts wissen will die Regierung dagegen von höheren Steuern für Firmen. Solche fordert die linke Initiative «Für faire Unternehmenssteuern», über die das Volk am 25. September abstimmen kann. Die Mehreinnahmen von jährlich 10 bis 11 Millionen Franken würden «keinen wesentlichen Beitrag» zur Sanierung der Kantonsfinanzen leisten und ausserdem «zahlreiche Arbeitsplätze gefährden», hält die Regierung in ihrem gestrigen Communiqué erneut fest.

### 100 Stellen sollen wegfallen

Selbst wenn der Kantonsrat höheren Steuern zustimmen und die Gemeinden finanziell stärker in die Pflicht nehmen sollte, wird dies nicht ausreichen, um bis 2019 das Loch in der Kantonskasse von 280 Millionen Franken stopfen zu können. Laut Marcel Schwerzmann wird darum über die Sommerpause intensiv nach weiteren Sparposten gesucht, etwa bei den Kantonsbeiträgen an private Organisationen oder öffentliche Unternehmen. Dazu werde der Budgetprozess «schärfer angegangen».

So scharf Marcel Schwerzmann den Budgetprozess angehen will, so konsequent will die Regierung an ihren Massnahmen festhalten, die sie im KP 17 vorgeschlagen hat. Zwei Bereiche – zu beiden hat der Kantonsrat im Juni im Grundsatz Ja gesagt – fallen besonders ins Gewicht:

- **Personal:** Sämtliche Sparmassnahmen sollen umgesetzt werden, schreibt die Regierung. Das brächte bis 2019 eine Entlastung des Kantonshaushalts von über 40 Millionen. Durch die geplante Arbeitszeiterhöhung von 1,25 Stunden pro Woche würden rund 100 Stellen wegfallen. Der Abbau soll «so weit wie möglich über natürliche Abgänge, also ohne Kündigungen, erfolgen».

- **Verwaltung:** Unter dem Titel «Organisationsentwicklung» will die Regierung in der Verwaltung ab 2019 jährlich rund 40 Millionen sparen.

Einverstanden ist die Regierung mit der vom Kantonsrat im Juni in erster Lesung beschlossenen Lockerung der Schuldenbremse im kommenden Jahr. Damit könnte 2017 eine Neuverschuldung von maximal 50 Millionen Franken ausgewiesen werden – statt 25 Millionen, wie dies bei angezogener Schuldenbremse der Fall wäre.

### Fehlanreiz beim NFA mildern

Nachdruck verleiht die Regierung ihrer Forderung, den Mechanismus des neuen Finanzausgleichs (NFA) anzupassen. Der Rückgang der NFA-Zahlungen an Luzern von 370 Millionen Franken im Jahr 2013 auf noch 190 Millionen im kommenden Jahr zeige zwar auf, dass die Finanzkraft des Kantons gestiegen sei. Die nur leicht steigenden Steuereinnahmen könnten diese Ausfälle jedoch nicht kompensieren – deshalb sei dieser Fehlanreiz zu mildern.

Das KP 17 wird in den Sessionen vom 7. und 8. November sowie vom 12., 13. und 19. Dezember behandelt – im Dezember zusammen mit dem Budget für das nächste Jahr und dem Aufgaben- und Finanzplan 2017 bis 2020.

## Fast alle Parteien sind gegen die Steuererhöhung

**REAKTIONEN** ca/nus. «Zum heutigen Zeitpunkt ist die Steuererhöhung kein Thema», sagt Ludwig Peyer, Fraktionschef der **CVP.** Allerdings müsse man noch mehr wissen, um den Plan der Regierung definitiv zu beurteilen. Dies sei im Herbst der Fall, wenn die regierungsrätliche Botschaft zum Konsolidierungsprogramm 17 (KP 17) und der Aufgaben- und Finanzplan vorliegen. Enttäuscht ist Peyer, dass die Regierung das von der CVP und anderen Bürgerlichen geforderte Ausgabenmoratorium offenbar nicht in Betracht zieht.

Auch **SVP**-Präsident Franz Grüter bedauert, dass das Ausgabenmoratorium von der Regierung nicht aufgenommen wurde. Eine Steuererhöhung sei für seine Partei ein Tabu. «Wir werden diese auf jeden Fall bekämpfen.» Anstatt die Steuern zu erhöhen, müsse die Regierung den Gürtel nochmals enger schnallen, findet Grüter, der sich auch über das Timing der Mitteilung ärgert: «Man hat das Gefühl, die Regierung wollte damit warten, bis viele Leute in den Ferien sind und die Geschehnisse nicht so genau verfolgen.»

### FDP: «Volk wird Nein sagen»

Auf Ausgabenreduktionen statt Steuererhöhungen setzt auch die **FDP.** Die Partei habe sich in der Diskussion um das KP 17 als einzige dafür eingesetzt, «dass alle Beteiligten einen Beitrag leisten müssen», sagt Fraktionschef Andreas Moser. Eine Steuererhöhung hingegen hätte bereits im Luzerner Kantonsrat einen schweren Stand. «Zudem sind wir überzeugt, dass das Volk eine Steuererhöhung ablehnen wird.» Eine klare Absage erteilen die Liberalen auch einer Erhöhung der Unternehmenssteuern, wie sie die linken Parteien in ihrer Initiative «Für faire Unternehmenssteuern» fordern.

Genau diese Initiative erhalte dank den Plänen der Luzerner Regierung Rückenwind, ist **SP**-Präsident David Roth überzeugt: «Eine Erhöhung des Steuerfusses ohne gleichzeitige Änderung des Steuergesetzes würde bedeuten, dass Normalverdienende mit Lohnausweis die Geschenke an Vermögende und Grossunternehmen zu grossen Teilen finanzieren würden.» Ins gleiche Horn stösst **Grüne**-Kantonsrat Michael Töngi: «Steuergeschenke an die Unternehmen durch eine Mehrbelastung der Bevölkerung zu finanzieren, geht nicht auf.»

Die **GLP** ist nach wie vor die einzige Partei, die eine befristete Erhöhung des Steuerfusses als für richtig erachtet. Gleichzeitig spricht sich die GLP gegen die linke Initiative aus. Dem Stimmvolk höhere Steuern zu verkaufen, sei eine «grosse Herausforderung», sagt Fraktionschefin Michèle Graber.

## Reform wird auf Eis gelegt

**GEMEINDEN** ca. Die Mitteilung kam nur wenige Minuten vor der regierungsrätlichen Ankündigung, eine Steuererhöhung ins Auge zu fassen: Auf Antrag des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG) sistiert der Kanton Luzern die Aufgaben- und Finanzreform 18. Die Reform soll die Aufteilung der Aufgaben zwischen Kanton und Gemeinden überprüfen und allenfalls optimieren. Grund für die Sistierung ist das kantonale Konsolidierungsprogramm 17 (KP 17), das derzeit ebenfalls in der politischen Diskussion steht. «In den letzten Wochen zeigte sich, dass die zeitliche Überlappung der beiden Projekte die Arbeiten erheblich erschwert», so die Luzerner Regierung in ihrer Medienmitteilung. Die Reform soll im kommenden Jahr weiterverfolgt werden – nachdem der Kantonsrat das KP 17 in der November- und Dezember-Session beraten hat und die Referendumsfrist für damit verbundene Gesetzesänderungen im März 2017 abgelaufen ist.

### Gemeinden wollen weniger zahlen

Beim VLG begrüsst man den Entscheid: Die finanziell schwierige Situation nehme dem Kanton derzeit «jeden Spielraum», um die Diskussion um die effiziente Zuordnung der Aufgaben zielgerichtet zu führen. So sei es ihm insbesondere nicht möglich, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, «obwohl dies aus Effizienzgründen vielleicht angebracht wäre», schreibt der Verband. Die Gemeinden wünschen sich etwa, dass die Volksschulkosten künftig hälftig zwischen Kanton und Gemeinden aufgeteilt werden. (Heute trägt der Kanton 25 Prozent, die Gemeinden 75 Prozent.) Überdies sollen die zusätzlichen Abgeltungen aus der Bundessteuer im Rahmen der Unternehmersteuerreform III zu 50 Prozent an die Gemeinden gehen.